Fahrplan für die neue Legislaturperiode steht

22.4.'16

AGENDA Mehr Polizisten, gebührenfreie Bildung und möglicherweise eine neue Brücke bei Bingen – 140 Seiten Zielvorhaben, jetzt entscheiden die Parteimitglieder

Von Anita Pleic

MAINZ. „Sozial gerecht – wirtschaftlich stark – ökologisch verantwortlich" – so überschreibt die Koalition ihren 140 Seiten starken Entwurf für die Regierungsarbeit in der neuen Legislaturperiode. Klar ist: Die SPD bekommt das Ministerium der Finanzen, das Innenministerium, das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, das Bildungsministerium und das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur. Bei der FDP landen Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in einem Ministerium und die Justiz in einem zweiten. Die Grünen bekommen zwei Ministerposten: Umwelt, Energie und Ernährung als ein Ressort und Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz als zweites. Doch was wollen sie in den kommenden Jahren anpacken? Eine Analyse.

Bildung bleibt gebührenfrei, von der Kita bis zur Hochschule. In den Kitas will die Koalition flexiblere Öffnungszeiten und damit eine bessere Betreuung in den Randzeiten etablieren, Plätze sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden. In den Blick rücken wollen SPD, FDP und Grüne aber auch die Erzieher selbst. So soll das Fortbildungsprogramm des Landes ausgebaut, die berufsbegleitende Ausbildung ermöglicht werden. Im Bereich der Schulen gibt es einige Neuerungen. Das System der Personalversorgung soll im Dialog mit allen am Schulleben Beteiligten umgestellt werden.

Mehr Schulsozialarbeit

Die Realschule plus rückt in den Fokus. Für sie soll es eine breit angelegte Informationskampagne geben und die Schulleitungen sollen verstärkt von didaktischen Koordinatoren unterstützt werden. Weitere Big Points: Ausbau der Schulsozialarbeit, intensive Sprachförderung, online lernen und lehren als Standard an weiterführenden Schulen. Mit den Hochschulen des Landes soll zudem ein Zukunftsprogramm entwickelt werden. Im Bereich der **Wirtschaftspolitik** steht der Breitbandausbau ganz oben auf der Liste. Bis 2018 sollen 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Gleichzeitig will die Koalition den Mittelstand fördern und einen „Mittelstandsbeirat" einberufen, in dem Bürokratieabbau, Erleichterungen im Vergaberecht und Ähnliches thematisiert werden soll, um schließlich das Mittelstandsförderungsgesetz weiterzuentwickeln. Junge Unternehmer sollen indes mit einer neuen Start up-Initiative unterstützt werden. Ausarbeiten wollen die Koalitionäre auch eine Tourismusstrategie 2025.

Foto: Sascha Kopp

600 Millionen Euro will die neue Landesregierung in den **Straßenbau** geben, aber: Der Grundsatz heißt Erhalt vor Neubau. In Auftrag gegeben wird eine Machbarkeitsstudie für eine Brücke zwischen Bingen und Rüdesheim, falls die Landkreise mitziehen. Parallel dazu wird die Planung einer Mittelrheinbrücke wieder aufgenommen.

Mehr Personal will die zukünftige Regierung für die **Polizei** zur Verfügung stellen. Pro Jahr sollen 500 Anwärter eingestellt werden. Ein Angestelltenprogramm soll außerdem Polizeibeamte bei Schutz- und Kriminalpolizei entlasten.

Im Bereich **Gesundheit und Pflege** streben die drei Partner ein Zukunftsprogramm an, das sicherstellen soll, dass medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum adäquat gewährleistet wird. Um den ländlichen Raum für junge Mediziner attraktiv zu machen, gehören dazu auch Ideen, wie die Verpflichtung, nach dem Studium als Landarzt zu arbeiten und dafür im Gegenzug bevorzugt zum Medizinstudium zugelassen und finanziell gefördert zu werden. Diese Idee soll geprüft werden.

Die erneuerbaren Energien sollen im Sinne des **Klimaschutzes** ausgebaut werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Weiterentwicklung der Stromnetze sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion soll hierbei als Koordinator fungieren.